Mediendienst

Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt

Bundesvorstand - Pressestelle Olof-Palme-Str. 19 60439 Frankfurt am Main

Verantwortlich Ruprecht Hammerschmidt

Telefon 069-95 737 135 Fax 069-95 737 138

presse@igbau.de www.igbau.de

06.07.2017 - PM 65/2017 G20-Gipfeltreffen

IG BAU: Faire Arbeit muss ins Zentrum der Politik rücken

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert von den G20-Staaten eine gerechtere Verteilung des Wohlstands weltweit und hierzulande. "Die Ungleichheit wächst, obwohl Globalisierung und technologischer Wandel enorme Werte schaffen. Davon profitiert aber nur eine winzige Elite, die ihr Vermögen in kurzer Zeit maßlos vermehrt. Die Mehrheit der Menschen sieht für sich keine Vorteile in der Entwicklung und für eine Vielzahl verschlechtert sich ihr Leben sogar. Das kann nicht gutgehen. Die Regierungschefs der G20-Staaten müssen den Gipfel nutzen, um einen Kurswechsel ihrer Politik zu starten. Faire Arbeit muss endlich zu einem zentralen Punkt ihrer Strategie werden. Dazu gehört, dass sie Maßnahmen umsetzen, die gute Löhne, Tarifverträge und mehr Mitbestimmung fördern", sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger anlässlich des morgen (für die Red. 7. Juli 2017) beginnenden G20-Gipfeltreffens in Hamburg. "Handel ist für sich allein noch kein Wert. In einer vernetzten Welt muss der Handel so gestaltet werden, dass der Wohlstand gerecht verteilt wird. Notwendig ist dazu eine entschiedenere Steuerpolitik, die Steueroasen bekämpft und Mega-Vermögen nach ihrer Leistungsfähigkeit höher besteuert. Eine Globalisierung, die nur auf Deregulierung setzt und damit den Wettbewerb auf dem Rücken der Beschäftigten austrägt, wird scheitern. Trotz Wachstums sorgen sich die Menschen vor der Zukunft. Wir wollen eine Welt, in der sich wieder jeder auf seine Zukunft freuen kann."

Nach einer aktuellen, weltweiten Umfrage des Internationalen Gewerkschaftsbunds haben fast drei von vier Befragten (73 Prozent) Angst um ihren Job. 71 Prozent meinen, Arbeitnehmer haben nicht genug Einfluss darauf, wie die Regeln einer globalisierten Wirtschaft gesetzt werden. Und 74 Prozent sorgen sich wegen der wachsenden Ungleichheit zwischen dem reichsten Hundertstel und dem Rest der Bevölkerung.

